KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Geflüchtete und Migrant*innen e.V.

Newsletter, September 2026

Liebe Unterstützer*innen, liebe Mitstreiter*innen,

liebe KuB-Interessierte,

neben den dringenden Anliegen der vielen Menschen in sehr prekären Lebenslagen, die weiterhin täglich in unsere Beratungsstelle kommen, beschäftigen uns zur Zeit vor allem:

- die neuen, erwartet ruckeligen behördlichen Abläufe, undurchsichtigen Zuständigkeiten und spärlichen Informationen zur **Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** in Berlin,
- die bevorstehende Eröffnung der **Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete an der Hasenheide**,
- unsere Stadt im Wirbelsturm der bundesweiten Meinungsbildung zu diesem und jenem,
- die Zukunft unserer offenen Rechtsberatung vor dem Hintergrund der wahrscheinlichen **Streichung des Bundesprogramms behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB)** ab Januar.

Von allen diesen Punkten erzählen wir in diesem Newsletter, mit dem letzten Punkt könnt ihr uns hier weiterhelfen:

1.999 und du - unterstütze #TeamBleiberecht im KuB-Förderkreis!

Die KuB blickt in eine finanziell ungewisse Zukunft. Die Bundesregierung plant, die unabhängige Asylverfahrensberatung 2027 komplett zu streichen. Nicht nur deswegen müssen wir versuchen, das Beratungsangebot der KuB möglichst unabhängig von politischen Entscheidungen zu machen. Um unser gegenwärtiges Angebot auf dem jetzigen Stand zu halten, bräuchten wir etwa 2.000 Menschen, die uns verlässlich und regelmäßig unterstützen. Deswegen gibt es unsere Kampagne „1.999 und du!“. Alles, was ihr zum Thema Spenden wissen müsst, findet ihr auf unserer Spendenseite: https://kub-berlin.org/de/spenden/

Spendenkonto: KuB e.V. // GLS-Bank // IBAN: DE70 4306 0967 1150 4052 02 // BIC: GENODEM1GLS

[Aktuelles aus der KuB]

Beratungssituation

Nach ein paar etwas ruhigeren Tagen im extrem heißen Sommer, kommen nun wieder so viele Ratsuchende zu uns wie davor - das heißt nach wie vor deutlich mehr als wir beraten können. Leider fällt das zusammen mit häufig **mehr Komplexität der Fälle** und auch deutlich knapperen Fristen in den Verfahren. Wir führen das sowohl auf die veränderte Rechtslage durch das **Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)** zurück, als auch auf weniger Überlastung in den zuständigen Behörden. Was sich erstmal positiv anhört, führt in der Beratungsrealität allerdings zu Problemen für die Betroffenen. Wenn Menschen innerhalb kürzester Zeit einen Anhörungstermin oder gar eine Ablehnung zu ihrem Asylantrag bekommen, bleibt häufig extrem **wenig Zeit**, sie auf diese existenziellen Anhörungen vorzubereiten oder fehlerhafte, unrechtmäßige Ablehnungen zu verhindern.

Zudem gibt es immer wieder Probleme mit Zuständigkeiten bei Sozialleistungen oder bei der neuen verpflichtenden Vulnerabilitätsprüfung. Dabei soll nicht nur eine Identitäts- und Sicherheitsüberprüfung sowie eine vorläufige Gesundheitskontrolle stattfinden, sondern auch eine Prüfung, ob es sich um vulnerable Personen handelt, die besondere medizinische Bedarfe haben oder anderweitige Unterstützung benötigen. In der Praxis fällt dieses System noch durch viel Unklarheit auf.

Neue Deutschkurse und neue Koordinatorin

Unsere langjährige Deutschkurskoordinatorin hat in den letzten Jahren viel Energie in den Wiederaufbau und die weitere qualitative Verbesserung unserer Deutschkurse gesteckt. Während der Corona-Pandemie waren viele ehrenamtliche Lehrkräfte weggebrochen und mussten wiedergefunden und eingearbeitet werden. Durch den Wegfall vieler anderer Trägerorganisationen und den teilweisen Zulassungsstopp bei Integrationskursen und Berufssprachkursen (wir berichteten) sind in der gleichen Zeit die Anmeldezahlen in die Höhe geschossen. Im letzten Semester wollten etwa 1.000 Menschen einen unserer Deutschkurse besuchen - etwa fünf mal mehr, als wir Plätze hatten. An dieser Stelle herzlichsten Dank für die tolle Arbeit und eine schöne „KuB-Pause“!

Pünktlich zum neuen Semester haben wir nun eine neue Kollegin, die die Kurse koordiniert und wir können mit mittlerweile **12 Kursen** ins neue Semester starten - also sogar noch einer mehr als im Sommersemester! Dazu gehören ein allgemeiner

Alphabetisierungskurs, zwei **Alphabetisierungskurse speziell für Frauen*** mit wenig formaler Lernerfahrung inklusive Kinderbetreuung und Sozialberatung, **A1.1 bis B1** Kurse, ein **Konversationskurs** sowie **A1.1 bis A2.1 Kurse von queeren für queere Menschen**.

Alles zu den Anmeldungen erfahrt ihr hier: https://kub-berlin.org/de/angebote/deutschkurse/anmeldung-und-stundenplan/

Neue Praktikumsplätze im Erstkontakt ab Januar und Februar

Die KuB kann sich glücklich schätzen, kontinuierlich durch tolle, engagierte, neugierige, lernfähige und kritische Praktikant*innen im Erstkontakt verstärkt zu werden. Wir bieten allerdings auch ein sehr interessantes Umfeld, rührendes Team und viel Unterstützung.

Aktuell haben wir ab Januar und Februar 2027 wieder Praktikumsplätze im Erstkontakt zu vergeben.
Wir freuen uns über **Bewerbungen** (Motivationsschreiben und Lebenslauf als PDF) mit Angabe der gewünschten Praktikumsdauer **bis zum 2. Oktober 2026** an kontakt@kub-berlin.org.

https://kub-berlin.org/de/mitmachen/praktikum/

Zukunftswochenende

Auch dieses Jahr haben wir uns wieder ein Wochenende im September Zeit genommen, um gemeinsam wichtige Dinge zu besprechen, für die im Beratungsalltag keine Zeit ist. Dabei fühlen sich diese „Zukunftsfragen“ in jedem Jahr dringender an. Dieses Jahr ging es um realistische und faire **Schrumpfungsszenarien**, unter möglichst wenig Verlusten im Angebot für die Ratsuchenden und ohne die noch weitere Ausbeutung der Menschen, die dieses Angebot bei uns aufrecht erhalten - vielen von euch dürfte das bekannt vorkommen. Auch die Balance in der **Beteiligung bei kollektiven Entscheidungen** zwischen Kubbies mit bezahlten Stunden und rein ehrenamtlichen Kubbies hat uns beschäftigt.

[Aktuelles außerhalb der KuB]

Bezahlkarte jetzt auch in Berlin

Als letztes Bundesland hat nun auch Berlin im August die diskriminierende, entmündigende, stigmatisierende, verfassungswidrige, teure und datenrechtlich fragwürdige Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt. Für schutzsuchende Menschen bedeutet das noch **mehr Repression**, erschwerten Zugang zu Leistungen und durch die eingeschränkten Bezahlmöglichkeiten nicht selten auch Verteuerung der Lebenskosten.

Wir denken, das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen und wie das Gutscheinsystem zuvor, werden wir auch dieses repressive Instrument wieder abschaffen. In der Zwischenzeit erfahrt ihr hier alles über Kritik und **Möglichkeiten solidarischer Unterstützung** von Betroffenen: https://nein-zur-bezahlkarte.de/

Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung an der Hasenheide

An der Hasenheide ist eine neue Großunterkunft für geflüchtete Menschen entstanden. Dort sollen **ca. 920 Personen** wohnen, die ab Oktober einziehen und es wird auch einen Bereich für vulnerable Personen (Frauen* und Kinder) geben. Da wir erwarten, dass viele dort lebende Menschen uns zu rechtlichen, sozialen und psychosozialen Themen aufsuchen werden, ist die KuB Teil mehrerer Abstimmungsrunden und Netzwerke zu der Unterkunft. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg verstärkt dafür in diesem Jahr unsere Kapazitäten für **psychosoziale Beratung**. Viele weitere Details sind uns noch nicht klar und wir sind gespannt, ob und wie sich unsere Beratungsarbeit damit verändern wird. Und nur damit keine Missverständnisse aufkommen nochmal die Erinnerung: Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass Großunterkünfte keine geeignete Wohnform für Schutzsuchende sind.

Aktionswoche für die bundesgeförderten Programme im Bereich Migration und Flucht (28.9. - 2.10.)

Nach langen Auseinandersetzungen wurde 2023 eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung auf Bundesebene erstritten und gesetzlich verankert, damit Schutzsuchende nicht von den gleichen Stellen beraten werden, die über ihre Schutzgesuche entscheiden. In der Praxis zeigt sich, dass die AVB die **Qualität und Effizienz der Asylverfahren deutlich erhöht**. Schutzsuchende können besser

im Asylverfahren mitwirken, strukturierter Schutzgründe vortragen und vieles mehr. Die **frühzeitige Erkennung besonderer Schutzbedarfe**, etwa bei Opfern von Menschenhandel, Traumatisierungen oder unbegleiteten Minderjährigen wird erleichtert und letztendlich auch die Behörden entlastet. Das Programm wurde im letzten Jahr aufwendig und **positiv evaluiert**, wobei die Evaluator*innen auch in der KuB zu Gast waren.

Trotzdem hat die **Bundesregierung seit Juli angekündigt, das Programm ganz oder weitgehend zu streichen**. Damit würden wichtige Strukturen ersatzlos zusammenbrechen. Denn die vom Bund finanzierten Migrationsberatungsstellen dürfen Asylsuchende nicht unterstützen. Die Programme zur Migrationsrechts- und Geflüchtetenberatung im Land Berlin sind eher an Menschen nach ihrem Asylverfahren gerichtet. Die Vertretung durch Anwält*innen scheitert meist an fehlenden finanziellen Mitteln und an der Überlastung der Kanzleien. Und die neue „Rechtsauskunft", mit der das BAMF unsere Rechtsberatung ersetzen wird, besteht hauptsächlich aus dem Vorlesen allgemeiner Informationsblätter.

Um Aufmerksamkeit auf diese und andere dramatische Folgen zu lenken, gibt es die aktuelle Aktionswoche: https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/aktionswoche-fuer-die-bundesgefoerderten-programme-im-bereich-migration-und-flucht-1/

Die Wahlen in Berlin

Wie ihr vielleicht gehört habt (räusper) wurde in Berlin gewählt. Und wir dürften nicht die einzigen sein, die es erstaunt, wie sich ein bundesdeutscher Politikbetrieb, der sonst gerne durch offen zur Schau getragene Hilflosigkeit auffällt, wenn es um die Verhinderung Rechtsextremer Machtaneignung geht, auf einmal sehr energisch, fokussiert und wehrhaft geworden ist.

Natürlich freut es uns, dass die Berlinerinnen offensichtlich eine progressivere, offenere, sozialere, gerechtere Stadt wollen und wir wünschen den dafür politisch Verantwortlichen alles Gute und tragen gerne selbst weiter dazu bei. Und wir möchten daran erinnern: **Selbst im aktuellen migrations- und menschenfeindlichen Klima hat Berlin eigene Gestaltungsmöglichkeiten** - z.B. bei humanitären Landesaufnahmeprogrammen, Abschiebestopps, Wohnen & Unterbringung, Regelschulen statt separiertem Lernen, Polizeiarbeit, Erreichbarkeit in den Behörden, Abschaffung der Bezahlkarte, Zugang zu Deutschkursen, die möglichst wenig schreckliche Umsetzung des GEAS, Finanzierung der Beratungsarbeit u.v.m. Wir haben dazu das ganze Jahr über Gespräche mit politischen Vertreter*innen gesucht und tun das auch weiter.

Was auch immer passiert - wir stehen weiter fest an der Seite der Schutzsuchenden in Berlin und anderswo und freuen uns, wenn ihr uns dabei unterstützt!

Solidarische und herzliche Grüße,

eure KuB